

04.03.2020

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

zu dem Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
- Drucksache 17/3031 -

**Wohnungslosigkeit entgegen wirken – Hilfeangebote ausbauen – Ursachen beseitigen**

**Berichterstatlerin**      Abgeordnete Heike Gebhard

### **Beschlussempfehlung**

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/3031 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 04.03.2020 /Ausgegeben: 09.03.2020

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)



**Bericht**

**A Allgemeines**

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Wohnungslosigkeit entgegen wirken – Hilfeangebote ausbauen – Ursachen bekämpfen“ (Drucksache 17/3031) wurde am 11. Juli 2018 vom Plenum an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zur Beratung überwiesen. Die Mitberatung obliegt dem Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen.

Mit dem Antrag macht die antragstellende Fraktion auf das Problem der Wohnungslosigkeit aufmerksam und warnt vor einem Anstieg der Fallzahlen für die Zukunft. Die Fraktion begehrt, die Landesregierung möge für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums eintreten und die soziale Wohnraumförderung stärken. Förderungen zur Wohnungslosenhilfe und die Hilfe in Wohnungsnotfällen müssten weiterentwickelt und ausgebaut und entsprechende Projekte fortgeführt werden. Besonders hilfsbedürftige Gruppen, wie Frauen, junge Menschen sowie Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf bedürften einer besonderen Aufmerksamkeit.

**B Beratung**

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat in seiner 30. Sitzung am 5. September 2018 eine Anhörung zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/3031 beschlossen (Ausschussprotokoll 17/355 Neudruck). Die Anhörung hat der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales in seiner 43. Sitzung am 6. Februar 2019 durchgeführt. Die Sachverständigen waren gebeten, im Vorfeld der Anhörung schriftlich zu dem Antrag Stellung zu nehmen. Das nachfolgende Tableau enthält eine Übersicht der eingeladenen Sachverständigen.

| eingeladene Sachverständige/<br>Institutionen  | Redner/in<br>Weitere Teilnehmer/-innen | Stellungnahme  |
|--|--|----------------|
| BFW Landesverband<br>Nordrhein-Westfalen<br>Verband der mittelständischen<br>Immobilienwirtschaft,<br>Düsseldorf | <b>Elisabeth Gendziorra</b>            | <b>17/1126</b> |
| Deutscher Mieterbund<br>Bonn/Rhein-Sieg/Ahr e. V.<br>Bernhard von Grünberg,<br>Bonn                              | <b>Bernhard von Grünberg</b>           | <b>17/1101</b> |

|   |  |                               |
|---|--|-------------------------------|
| Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen,<br>Düsseldorf | <b>Jan Orlt</b>                                | <b>17/1136<br/>(Neudruck)</b> |
| Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e. V.,<br>Köln   |  |                               |
| Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V.,<br>Berlin   | <b>Werena Rosenke</b>                          | <b>17/1122</b>                |
| Städtetag Nordrhein-Westfalen,<br>Köln  | <b>Friederike Scholz<br/>Sebastian Klöppel</b> | <b>17/1123</b>                |
| Landkreistag Nordrhein-Westfalen,<br>Düsseldorf   |  |                               |
| Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen,<br>Düsseldorf   |  |                               |

Hinsichtlich der Ergebnisse der Anhörung wird auf das Ausschussprotokoll 17/521 (Neudruck) verwiesen. In seiner 50. Sitzung am 3. April 2019 hat der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zunächst eine Aussprache über die Ergebnisse der Anhörung durchgeführt (Ausschussprotokoll 17/601).

In seiner 69. Sitzung am 15. Januar 2020 erfolgte eine abermalige Aussprache zu dem Antrag. Die Debatte wurde verbunden mit dem thematisch verwandten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Wohnungslosigkeit von Frauen entgegen wirken – Hilfeangebote flächendeckend ausbauen – Ursachen beseitigen“ auf Drucksache 17/5384.

Der mitberatende Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat seine Beratungen zu dem Antrag in seiner 78. Sitzung am 13. Dezember 2019 ohne Abgabe eines Votums abgeschlossen.

In seiner 73. Sitzung am 4. März 2020 hat der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abschließend beraten und führte eine Abstimmung über den Antrag zur Beschlussempfehlung an das Plenum herbei (Ausschussprotokoll 17/929).

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bedauert, dass man bei diesem wichtigen Thema zu keinem gemeinsamen Ergebnis gekommen sei. Die Fraktionen von CDU und FDP legen stattdessen einen Antrag (Drucksache 17/8777) zur Plenarberatung vor, der fachlich nicht weiterführend sei, sondern vielmehr die Landesregierung mit Lob überschütte. Viele auch in der durchgeführten Anhörung seitens der Sachverständigen angemahnte Aspekte, wie beispielsweise die flächendeckende Versorgung von wohnungslosen Frauen, würde deren Antrag nicht berücksichtigen. Insofern sei es unverständlich, dass gute Aspekte des heute zu beratenden Antrags nicht aufgegriffen worden seien.

Die **Fraktion der CDU** widerspricht der Darstellung, ihr Antrag sei nicht zielführend und lediglich regierungslobend. Vielmehr greife der eigene Antrag auf, was der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vermissen lasse. Daher könne man dem Antrag heute auch nicht zustimmen. In dem eigenen Antrag fordere man die Landesregierung auf, die finanziellen Mittel zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit zu erhöhen. Gemeinsam mit der Fraktion der FDP setze man sich aktiv für den Kampf gegen die Wohnungslosigkeit ein.

Die **Fraktion der FDP** unterstreicht, dass seit dem Jahr 2017 viel für die Bekämpfung der Wohnungslosigkeit getan worden sei. So seien beispielsweise die Mittel zur Hilfe von Obdachlosen um 5 Millionen Euro erhöht worden. Auch die Unterstützung für wohnungslose Frauen sei – unter anderem durch eine Vielzahl an Projekten – stark ausgebaut worden. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stelle ein Sammelsurium an Themen dar und vermische viele Aspekte, weshalb man ihm in dieser Form nicht zustimmen könne.

Die **Fraktion der AfD** erklärt, dass es zu der im Antrag genannten Forderung an die Bundesregierung, Statistiken zur Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu führen, bereits Modelle auf Länderebene – auch unter „grüner“ Regierungsbeteiligung – gebe, welche auch bereits in der politischen Debatte angesprochen worden seien. Dass der Antrag diese Thematik erneut aufgreife, zeige einen Mangel an Sachlichkeit.

## **C Abstimmung**

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/3031 - abzulehnen.

Heike Gebhard  
(Vorsitzende)